

Internationale Rundschau

Zum Abschluß des Bergarbeiterstreiks in Kiruna

Der Streik der Bergarbeiter in Kiruna, über den wir in Nr. 2/70 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* berichteten, währte nahezu zwei Monate, vom 9. Dezember 1969 bis zum 4. Februar 1970. Die Verhandlungen über die Forderungen der Streikenden sind erst im Juni, wenn auch nicht offiziell, so doch in der Praxis abgeschlossen worden.

In den letzten Wochen vor der Arbeitsaufnahme ging es meist um die Form des

Kompromisses, unter dem die Arbeit aufgenommen und die Verhandlungen eingeleitet werden konnten. Die Grubenverwaltung hatte eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht, jedoch die gegen den wilden Streik gerichtete Hauptforderung, „erst Arbeitsaufnahme, dann Verhandlungen“, nicht fallen lassen. Dies mußten die Arbeiter akzeptieren. Sowohl im Streikkomitee wie innerhalb der Belegschaft waren sich die meisten darüber klar, daß eine längere Dauer des Streiks zu einem Fiasko führen mußte. Die Versuche einer Minderheit der die kommunistische Partei Nordschwedens dominierenden konservativen Stalinisten, den Streik weiterzutreiben, fanden keinen Widerhall.

Ohne die Hinzuziehung der offiziellen Gewerkschaftsvertreter, die außer dem zweiten Vorsitzenden des schwedischen Gewerkschaftsverbandes, *Nordgren*, mit 5 Repräsentanten in dem auf 27 Mann erweiterten Streikausschuß vertreten waren, wären die Verhandlungen nie zu einem günstigen Abschluß gekommen. Sehr richtig konstatierte jemand, daß man ohne die Hinzuziehung der Gewerkschaften wohl noch 10 Jahre resultatlos hätte verhandeln können.

Interessant war, daß die ursprünglichen Milieufragen, welche beim Beginn des Streiks eine große Rolle spielten, im Laufe der Verhandlungen von den eigentlichen Lohnfragen in den Hintergrund gedrängt wurden. Im Durchschnitt konnte der Lohn um 15 % erhöht werden, gleichzeitig soll niemand weniger als 25 000 Kr. im Jahr verdienen. Der Forderung nach Abschaffung des Akkords und Einführung von Monatslohn wurde versuchsweise stattgegeben. Auch bei den die Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen wurden günstige Übereinkommen erzielt. Die Unterschiede zwischen den Arbeitern und den Angestellten sollen vermindert werden dadurch, daß die den Angestellten gewährten Sonderrechte auch den Arbeitern zugute kommen sollen. In den letzten Wochen kam die Mitteilung, daß die LKAB aus dem schwedischen Arbeitgeberverband ausscheidet. Auch dies war eine Forderung der Streikenden.

Bei den Lohnfragen ist ein anderes Moment nicht unwichtig. Wenn man von den besonders schweren Bedingungen der Grubenarbeit absieht, so gehörten die Löhne der Bergarbeiter auch vor dem Streik zu den höchsten in Schweden. Was jedoch in den letzten zehn Jahren eingetreten war, war eine relative Lohnsenkung. Im Jahre 1960 war der durchschnittliche Industriearbeiterlohn einschließlich Overtime und Extrazuschläge je Stunde 5,97 Kronen. Wenn man diesen im Index auf 100 setzt, so standen damals die LKAB-Arbeiter mit einem Lohn von 8,54 Kr und einer Indexziffer von 143 an der Spitze. Bis 1969 war der Durchschnittslohn der LKAB-Arbeiter zwar auf 13,52 Kr gestiegen, aber im Verhältnis zu den anderen Löhnen im Index auf 119 gefallen. Dagegen waren alle zuvor unter dem Durchschnitt gelegenen Löhne prozentual gestiegen. Im Jahre 1960 lag die Spanne zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen im Index zwischen 89 (Getränkeindustrie) und 143 (LKAB). Im Jahre 1969 lag die Spanne zwischen 92 (Holzindustrie) und 130 (Bauarbeiter). In Kronen ausgedrückt lagen die niedrigsten Löhne vor zehn Jahren etwas über 5 Kronen, während sie heute etwas unter 11 Kronen zu finden sind.

Die theoretische Zeitschrift der schwedischen Gewerkschaften *Fackföreningsrörelsen* schrieb dazu sehr richtig, daß das Argument der relativen Lohnverschlechterung kein haltbares

Argument bei Lohnverhandlungen sein kann. Es sei gerade die Aufgabe einer solidarischen Lohnpolitik, die Spanne zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen auszugleichen. Gegenwärtig ist dies übrigens eines der wichtigsten Argumente der Gewerkschaften gegen die Lohnforderungen der höheren Beamten und Angestellten, welche ihre Lohnforderungen immer mit dem *relativen* Abgleiten in der Lohnskala begründen.

Im Kielwasser des Kirunastreiks gab es eine ganze Reihe ähnlicher „wilder“ Aktionen. Sie betrafen vielfach kleinere Gruppen und hatten oft den Charakter von Punkstreiks; die meisten waren auf Grund der herrschenden Hochkonjunktur erfolgreich. Die bedeutendste Aktion war der Volvo-Streik in Torslanda. 1500 Arbeiter traten in den Sitzstreik. Die Ursache war das erhöhte Tempo bei der Bandarbeit. Gleichzeitig forderte man eine Erhöhung des Stundenlohns von 12 und 12,50 Kronen auf 15 Kronen. Dieser Streik dauerte nur eine Stunde. In den folgenden Verhandlungen akzeptierte die Direktion die Lohnforderungen. Diese Lohnerhöhung hatte eine gewisse normgebende Bedeutung auch für andere Gruppen. Vom schwedischen Arbeitgeberverband wurde die schnelle Reaktion der Volvodirektion mißbilligt. Gleichzeitig kündigte man schärfere Maßnahmen mit Schadenersatzforderungen und Aussperrungen an.

Von Gewerkschaftsseite, die selbstverständlich auf Grund ihrer tariflichen Friedenspflicht diese wilden Streiks nicht billigen kann, wird oft darauf hingewiesen, daß viele der durch diese Streikaktionen erreichten Verbesserungen auch über die normalen Verhandlungen erreicht worden wären. Das kann möglich sein. Sicher ist aber, daß die Welle wilder Streiks forcierend wirkte und viele Mängel in den Vordergrund rückte, welche sonst zu wenig beachtet wurden. Dazu gehört u. a. die gesetzlich gesicherte Willkür der Arbeitgeber bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die nicht durch Schutzbestimmungen wie die des deutschen Betriebsrätegesetzes eingeschränkt ist.

Die erfolgreichen Streikaktionen haben allerdings auch eine Schattenseite. In Industriezweigen, die stark unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden haben und welche auch sonst unter schlechteren Bedingungen arbeiten (z. B. Textilindustrie) kann man nicht streiken. Die dort Beschäftigten haben es bei den zunehmenden Stilllegungen in diesen Branchen auch schwieriger, neue Arbeitsplätze zu finden. Diese Gruppen sind auf die zentralen gewerkschaftlichen Verhandlungen angewiesen und auf die tariflichen und gesetzlichen Vorrechte der schlechter gestellten Arbeiterschichten angewiesen.

In der Gewerkschaftsbewegung selber hat der Streik eine allgemeine Aktivierung zur

Folge gehabt. Obwohl alle diese wilden Streiks auch gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik gerichtet waren, ist sie selber aus diesen Kämpfen doch eher gestärkt als geschwächt hervorgegangen. Zum Schluß waren es immer wieder die Gewerkschaften, welche die oft hoffnungslose Lage dieser wilden Streiks zu einer Lösung und meist zu einem Erfolg führen konnten.

Die starken schwedischen Gewerkschaften haben einen gut ausgebauten bürokratischen Apparat und ein straffes und stark zentralisiertes Organisationssystem. Aber man hatte auch „oben“ immer ein gutes Ohr für das, was „unten“ vor sich geht. Das ist auch jetzt der Fall. Bei den Bergarbeitern hat sich gezeigt, daß diese kleinen Organisationen einfach nicht die Mittel und die Kräfte haben, um in der heutigen Zeit mit modernen Methoden die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Schon sind Bestrebungen im Gange, die Bergarbeiter dem Metallarbeiterverband anzuschließen. Ähnliche Fusionen sind für einige andere kleinere Gewerkschaften im Gange.

Aber auch die innergewerkschaftliche Demokratie hat Anstöße erhalten. Der neue Sekretär der Kirunaer Lokalorganisation des

Bergarbeiterverbandes *Rantatalo* wurde z. B. zum erstenmal von der Mitgliedschaft gewählt und nicht wie sonst von der Zentrale ernannt und angestellt.

Politisch sind die Auswirkungen des Streiks in Kiruna insofern interessant, als die Kommunisten trotz ihres Einflusses aus der Streikbewegung geschwächt hervorgegangen sind. Die Differenzen in ihren eigenen Reihen sind größer geworden. Schon jetzt steht fest, daß die Maoisten und „Marxisten-Leninisten“ bei der im Herbst stattfindenden Reichstagswahl mit eigenen Listen auftreten werden. Dies kann bedeuten, daß die Kommunisten in ihrer stärksten Feste kein Mandat erhalten dürften und daß sie damit sehr wahrscheinlich überhaupt aus dem kommenden Reichstag ausgeschaltet würden. Dies würde gleichzeitig bedeuten, daß die Frage einer sozialdemokratischen oder bürgerlichen Mehrheit im kommenden Parlament nur von einigen zehntausend Marginalwählern abhängen dürfte. Nach den Untersuchungen der Meinungsforscher hat die Sozialdemokratie und vor allem auch der neue Parteiführer und Staatsminister *Palme* eine Mehrheit aller Wähler hinter sich, aber wie England zeigte, die „Meinungsforscher“ haben nicht immer Recht. *Walter Pappel*